SPD-Stadtverordnetenfraktion Weilburg

Antrag:

Stärkung des Standorts Weilburg durch vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Hessen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weilburg beauftragt den Magistrat die nachfolgende Resolution an die im Hessischen Landtag vertretenen Parteien und an die Hessische Landesregierung weiter zu leiten

- 1. Die Mitglieder des Hessischen Landtages werden aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für die Abschaffung der Straßenbeiträge in Hessen zu schaffen.**
- 2. Dies gilt auch für die im Frühsommer 2018 eingeführte Wahlmöglichkeit (KANN-Bestimmung)**
- 3. Das Land Hessen verpflichtet sich, für die Kommunen einen finanziellen Ausgleich bereit zu stellen (Kompensation)**

Vorlauf Weilburg/Land

1. Am 9.11.2017, im Rahmen des Nachtrags 2017 der Stadt Weilburg wurde das Thema von der SPD aufgegriffen, da für die kommenden Jahre ein hohes städtisches Investitionsvolumen im Raum stand. Ziel war eine Entscheidung Beiträge/wiederkehrende Beiträge in einer frühen Phase. (siehe Protokoll)
2. Die Verwaltung hat das Thema aufgegriffen und in einer sehr guten Präsentation im HFA am 12.3.2018 vorgestellt. Das Thema blieb offen, da auf Landesebene Regelungen zu erwarten waren
3. Zwischenzeitlich (Mai 2018) hat der Hessische Landtag dazu das „Freiwilligkeitsprinzip“ eingeführt (KANN-Bestimmung). Kommunen können selbst entscheiden, ob Beiträge erhoben werden.

Begründung der Resolution

- a) Die vom Hessischen Landtag eingeführte Wahlmöglichkeit zur Erhebung von Straßenbeiträgen wird für Weilburg zum Standortnachteil, weil wir diese Möglichkeit wegen unserer begrenzten Finanzkraft nur schwer nutzen können. Das strukturelle Gefälle zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kommunen wird verstärkt und damit ist die neue Regelung ungerecht und unsozial.
- b) Unsere Straßen werden von uns allen genutzt. Das Wohl aller ist uns wichtig und deswegen dürfen Straßenausbaubeiträge nicht einseitig nur den Grundstückseigentümer aufgebürdet werden. Dies ist ungerecht und unsozial.

- c) Straßensanierungen sind notwendig, die Belastungen jedoch oft existenzbedrohend. Sie können sich schnell auf mehrere 10.000 Euro belaufen und Familien oder Einzelpersonen mit geringem Einkommen werden existenzbedrohend belastet.
- d) Eine Änderung der städtischen Satzung zur Einführung von „wiederkehrenden Straßenbeiträgen“ ist verwaltungsaufwändig und mit einem hohen Aufwand verbunden. Die Finanzierung erfolgt weiterhin von den Grundstückseignern, lediglich die Verteilung erfolgt anders. Dabei ist von steigenden Kosten auszugehen, da die extremen Wettersituationen künftig zu höherem Aufwand führen.
- e) Straßenbeiträge belasten die örtliche Entwicklung, da vorwiegend Ortskerne und Siedlungsgebiete der 60er und 70er Jahre betroffen sind. Anstehende Eigentumswechsel werden erschwert und zunehmend unattraktiv. Der Trend zum Leerstand wird sich verstärken.
- f) Die Diskussion zum Thema läuft derzeit in allen Bundesländern und in hessischen Kommunen. Erste Länder, z.B. Bayern haben bereits die Abschaffung beschlossen und stellen Landesmittel als Ausgleich bereit.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Weilburg, im 4. September 2018

Hartmut Bock